

Gliederung

- 1. Compliance und öffentliche Unternehmen**
 - 1.1 Notwendigkeit eines Compliance-Management-Systems bei öffentlichen Unternehmen
 - 1.1.1 Besonderheiten
 - 1.1.1.1 Allgemeines
 - 1.1.1.2 Ingerenzpflicht und Grundrechtsbindung
 - 1.1.1.2.1 Ansatz
 - 1.1.1.2.2 Fraport-Entscheidung des BVerfG
 - 1.1.2 Compliance-Verstöße und Haftung
 - 1.1.3 Compliance bei Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand
 - 1.2 Begriffsklärung
 - 1.2.1 Öffentliche Unternehmen
 - 1.2.2 Privatisierung
 - 1.2.3 Beteiligung
 - 1.2.4 Prüfungsbefugnisse bei privatwirtschaftlicher Betätigung
- 2. Der Staat als Anteilseigner vor dem Hintergrund des Public Corporate Governance Kodex**
 - 2.1 Entstehung staatlicher Beteiligungen
 - 2.2 Konsequenzen staatlicher Beteiligung
 - 2.2.1 Konzernrechtliche Aspekte – das Urteil des BGH von 1977
 - 2.2.1.1 Unternehmenseigenschaft des Bundes
 - 2.2.1.2 Prüfung und Offenlegung des Abhängigkeitsberichtes
 - 2.2.1.3 Konzernrechnungslegungspflicht beim Bund
 - 2.2.1.3.1 Prüfung der Möglichkeiten zur privatrechtlichen Rechnungslegung (HGB, PubLG)
 - 2.2.1.3.2 Prüfung der Möglichkeiten zur öffentlichen Rechnungslegung (Doppik, IPSASB)
 - 2.2.1.3.3 Klärungsbedarf hinsichtlich der Konsolidierung
 - 2.2.1.3.4 Klärungsbedarf hinsichtlich der Berichtspflicht
 - 2.2.1.4 Äußerung des unternehmerischen Interesses
 - 2.2.1.5 Prinzipal-Agent-Problematik
 - 2.2.1.6 Hinweise zur Konsolidierungsproblematik
 - 2.2.2 Steuerliche Aspekte einer Organisationsprivatisierung
 - 2.3 Vorläufer, Entstehung und Vorbilder des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) des Bundes
 - 2.3.1 Vorläufer – Ministerialblatt des BMF
 - 2.3.2 Der PCGK des Bundes
 - 2.3.3 Internationale und nationale Vorbilder des PCGK
 - 2.3.3.1 OECD
 - 2.3.3.2 DCGK vs. PCGK
 - 2.3.3.2.1 „Comply or explain“-Mechanismus und Verankerung
 - 2.3.3.2.1.1 Verankerung der Entsprechenserklärung zum PCGK im Vertragswerk der GmbH
 - 2.3.3.2.1.2 Verankerung der Entsprechenserklärung zum PCGK im Vertragswerk der nichtbörsennotierten AG
 - 2.3.3.2.1.3 Problem: Interpretationsmöglichkeiten der Empfehlungen
 - 2.3.3.2.2 Erklärung zur Unternehmensführung
 - 2.3.3.2.3 Weitere Unterschiede
 - 2.4 Zusammenarbeit zwischen BMF und BMJV
 - 2.5 Kriterien für gute Corporate Governance
 - 2.5.1 Externe Rahmenbedingungen und interne Strukturen
 - 2.5.2 Prinzipal-Agent-Ansatz

- 2.5.3 Transparenz im Privatsektor
- 2.5.4 Entwicklung im öffentlichen Bereich
- 2.6 Zielsetzung sowie Struktur des PCGK und dessen Eignung als Orientierungshilfe für den Abschlussprüfer und den Aufsichtsrat
- 2.6.1 Zielsetzung und Struktur des PCGK
- 2.6.2 PCGK als Orientierungshilfe
- 2.6.2.1 Orientierungshilfe für den Abschlussprüfer
- 2.6.2.1.1 Gliederung des PCGK
- 2.6.2.1.2 Erweiterung der gesetzlichen Abschlussprüfung um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
- 2.6.2.2 Orientierungshilfe für den Aufsichtsrat
- 2.7 Anwendungsbereich des PCGK
- 2.8 Verankerung und Rechtsnatur des PCGK
- 2.8.1 Verankerung
- 2.8.2 Rechtsnatur
- 2.9 Regelung zum Anteilseigner und zur Anteilseignerversammlung im PCGK

3. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan nach dem PCGK

- 3.1 Gesetzliche Grundlagen
- 3.2 Geschäftsordnung für die Geschäftsführung
- 3.3 Vergütung und Offenlegung der Bezüge der Geschäftsleitung
- 3.3.1 Variable Vergütung und Festlegung einer mehrjährigen Bemessungsgrundlage
- 3.3.1.1 Modell der anreizkompatiblen Vergütung
- 3.3.1.2 Allgemeine Bestandteile der Gesamtvergütung
- 3.3.1.3 Angemessenheitsprüfung
- 3.3.1.3.1 Kriterien
- 3.3.1.3.2 Anwendbarkeit des § 87 AktG bei mitbestimmter GmbH
- 3.3.1.3.3 Fazit
- 3.3.1.3.4 Praxishinweis des IDW
- 3.3.2 Notwendigkeit der Überprüfung des Vergütungssystems durch das Überwachungsorgan
- 3.3.3 Offenlegung
- 3.3.4 Angaben im Bezügebericht des gesetzlichen Abschlussprüfers
- 3.4 Vermögenshaftpflichtversicherung
- 3.5 Zustimmungspflichtige Geschäfte

4. Jahresabschluss und Jahresabschlussprüfung im Rahmen des PCGK

- 4.1 Wahl und Beauftragung des gesetzlichen Abschlussprüfers
- 4.1.1 Auswahlverfahren
- 4.1.2 Gesetzliche Regelung und Zustimmungspflichten
- 4.1.3 Notwendige Beschlüsse, Prüferwechsel und Unabhängigkeit
- 4.2 Rechnungslegung
- 4.3 Abschlussprüfung und Prüfungsausschuss
- 4.3.1 Schwerpunkte der Abschlussprüfung
- 4.3.1.1 Prüfungsgegenstand
- 4.3.1.1.1 Prüfung von Jahresabschluss nebst Buchführung und Lagebericht
- 4.3.1.1.2 Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
- 4.3.1.1.3 Erweiterung der Prüfung um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
- 4.3.1.1.4 Erweiterung der Prüfung um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vergabeverfahren

- 4.3.1.1.5 Erweiterung der Prüfung um die Prüfung der Einhaltung der Wirtschaftlichkeit
- 4.3.1.1.6 Erweiterung der Prüfung um die Prüfung der Corporate Governance
- 4.3.1.2 Berichterstattung des Abschlussprüfers
- 4.3.2 Notwendigkeit der Einrichtung eines Prüfungsausschusses
- 5. Regelungen zum Überwachungsorgan im PCGK**
- 5.1 Aufgaben und Zuständigkeiten
- 5.2 Zusammensetzung des Überwachungsorgans
- 5.3 Umgang mit Interessenkonflikten von Mitgliedern in Überwachungsorganen
- 5.4 Aktienrechtsnovelle 2016 und die Neureglung zur Verschwiegenheitspflicht
- 5.4.1 Ausgangssachverhalt
- 5.4.2 Diskussionsstand
- 5.5 Notwendigkeit der Fortbildung des Aufsichtsrates und der Mitarbeiter der Beteiligungsverwaltung
- 5.6 Effizienzprüfung des Aufsichtsrates
- 6. Transparenzbericht zur Corporate Governance**
- 7. Rechnungslegung, Abschlussprüfung und Corporate Governance**
- 7.1 Überblick über typische Leistungen des WP
- 7.2 Abschlussprüfung
- 7.2.1 Entwicklung und Bedeutung
- 7.2.2 Gesetzliche Abschlussprüfung
- 7.2.2.1 Inhalt des Prüfungsberichts
- 7.2.2.2 Risikofrüherkennungssystem
- 7.2.3 Weitere Elemente des Prüfungsberichts
- 7.2.4 Mündliche Berichtspflicht
- 7.3 Interne Revision
- 7.4 Unternehmensbewertung
- 7.5 Bewertung der finanziellen Angemessenheit von Transaktionen
- 8. Zusammenfassung**
- 8.1 Compliance – mehr als nur Korruptionsprävention
- 8.2 Abschlussprüfung und Rechnungslegung
- 8.3 Vergleich zum DCGK
- 8.4 Ausblick